

Der Courier  
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Bezugspreis:  
für Kanada ..... \$2.50  
für Ausland ..... \$3.50  
Im voraus bezahlt:  
Kanada ..... \$2.00

# Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadianer.

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language  
Issued every Wednesday  
Subscription price:  
in Canada ..... \$2.50  
to foreign countries ..... \$3.50  
If paid in advance:  
Canada ..... \$2.00  
1835 Halifax Street, Regina.

23. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 15. Januar 1930. 14 Seiten Nummer 11.

## Angst vor der Uebermacht der Fremde-geborenen in Saskatchewan

Konvention der „National Association of Canada“ in Saskatoon gegen Zulassung der Russlanddeutschen und für Haltung von Premier Dr. Anderson

fordert Englisch als alleinige Unterrichtssprache in den Volksschulen der Provinz

Anglikanischer Bischof Lloyd führt den Vorsitz und tritt für canadische Einwanderungsquoten ein: nur 2 Prozent für die „Zentraleuropäer“

Saskatoon. — Die Saskatchewan-Gruppe der National Association of Canada (der Nationalen Vereinigung von Canada) hielt in Saskatoon, Sask., unter dem Vorsitz des anglikanischen Bischofs Geo. Erton Lloyd eine von über 100 Delegaten besuchte Tagung ab. Die Konvention war ein typisches Beispiel für den Geist, der von dem anglikanischen Bischof Lloyd und anderen Verkäufnern eines fanatischen Nationalismus in Saskatchewan in den letzten Jahren geschürt worden ist. Wohl noch niemals ausgenommen die dunkelsten Zeiten des Weltkrieges, hat Saskatchewan eine solche Welle von religiösem und nationalem Fanatismus erlebt wie gerade heutzutage, wo sich alle Kräfte und Sympatien gegen die Minoritäten unserer Provinz gewissermaßen verschanzen zu haben scheinen.

Ein sehr beliebtes Thema dieser unheimlichen Kreise ist die Besprechung der Nennonenfrage, der Frage, ob man den armen Russlanddeutschen in canadischer Wästen einen Zustimmungsraum einräumen solle oder nicht.

Mit dieser Frage befahte sich auch die „National Association of Canada“ in Saskatoon, wobei sie den Premier Dr. Anderson Anerkennung dafür aussprach, daß er den notwendigen Schutz der russischen Einwanderer in Saskatchewan verweigerte. Zugleich wurde in der betreffenden Entschließung erklärt, man sei lebhaft bemüht darüber, daß nach Befreiung der Dominionregierung bereit sei, einen Teil der 3000 von Deutschland abreisenden Nennonen aufzunehmen, wogegen die Vereinigung in schärfster Weise protestierte.

Nur Englisch in der Schule!  
Eine Forderung, die von der Vereinigung sehr nachdrücklich vertreten wird, ist, daß in Saskatchewan nur ein einziges nationales Publikationsmedium bestehen solle, in dem Englisch als einzige Unterrichtssprache in allen Graden verwendet werden solle. Auch in der Schulfrage erklärte sich die Vereinigung mit Premier Dr. Anderson voll und ganz einverstanden.

Der ganzen engstirnigen Gesinnung entsprechend, wurde auch dagegen protestiert, daß Westcanada zweisprachig gemacht werde, wobei

die Herren von der National Association besonders an das Wirtschaftsrecht der Französisch-Canadianer denken, das in den Augen der Waschechten als bedrohliche Gefahr für das canadische Vaterland angesehen wird.

Für Einwanderungsquoten.  
Ein Stückenpfeil des anglikanischen Bischofs Lloyd war in den letzten Jahren stets das Verlangen nach canadischen Einwanderungsquoten nach dem Vorbild Ost-Saskatoon. In Saskatoon nun wurde von dem anglikanischen Bischof Lloyd festgesetzt, mehr als 50 Prozent der Bevölkerung von Saskatchewan sei von nichtbritischer Herkunft, und das Verhältnis zwischen Briten und Nicht-Briten werde immer günstiger für die „Zentraleuropäer“. Angesichts dieser „bedenklichen“ Lage sei eine sofortige und drastische Aktion erforderlich, wenn die Prärie-Provinz vor einer überwältigenden Invasion dieser Leute, die schwer zu assimilieren seien, bewahrt werden sollte. Von 127 Familien, die letztes Jahr sich im Prince Albert-Distrikt niedergelassen hätten, seien nur 17 britische gewesen. Ebenso seien „Amerikanische“ Ausländer nach Hunderten auf dem Wege, um über Edmonton in das Peace River-Gebiet einzudringen. In Saskatchewan sei die Zahl der Britischgeborenen oder der Leute von britischer Herkunft von 54.8 Prozent im

Jahre 1916 auf 50.7 Prozent im Jahre 1926 zurückgegangen und falle stetig weiter; ebenso sei es mit der Einwanderung. Auch Erzdiofan Burch sollte dem konservativen Premier Dr. Anderson herbeigehören, für seine Stellungnahme in der Frage der Ausländer-Einwanderung. Die einzige „Rettung“ für die britische Bevölkerung von Saskatchewan ist nach seiner Überzeugung wie auch nach Meinung des Bischofs Lloyd die Einführung von Einwanderungsquoten nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten.

Nur 2 Prozent aus „Zentraleuropa“  
Bischof Lloyd möchte gerne die französische Sprache aus Saskatchewan, Alberta und Manitoba verbannt wissen. Das Blut der Nation solle überwiegend britisch erhalten werden. Er möchte ferner nur 2 Prozent der gegenwärtigen Zentraleuropäer in Saskatchewan in Canada zulassen und zwar nur Auswanderer jener, die bereits hier anständig sind. Das wären nach Berechnung von Bischof Lloyd etwa 15,000 „Zentraleuropäer“ (wogegen die Deutschen gezählt werden müßten) und 10,000 Skandinavier, für die der anglikanische Bischof Lloyd noch ein warmes Wort in seinem Herzen hat, weil sie sich angeblich schneller assimilieren lassen. Briten sollten natürlich in unbegrenzter Zahl in Canada einwandern dürfen.

## Mennoniten kommen nach Canada

Berichtet „Wostische Zeitung“ in Berlin

Robert Forke wirft Dr. Anderson „absolut unwahre Äußerungen“ vor und bezeichnet die „Zentraleuropäer“ als die besten Einwanderer

Berlin, 7. Jan. — Die „Wostische Zeitung“ sagte heute, daß die Abfahrt von nahezu 3,000 russland-deutschen Mennoniten nach Canada und Brasilien noch in dieser Woche beginnen würde. Dies sind die Flüchtlinge von Russland, die seit ihrer Ankunft von Russland in verschiedenen Flüchtlingslagern in Deutschland untergebracht waren.

Die Ueberfahrt und der Weitertransport der Auswanderer wird durch ein Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der Canadian Pacific-Eisenbahn gedeckt werden. Außerdem sollen Gelder, die von den Mennoniten bereitgestellt wurden, für den gleichen Zweck verwendet werden.

Die notwendigen Einreise-Erlaubnisse ist bereits von der canadischen Regierung und einigen der britischen Staaten bei den deutschen Behörden eingekommen. Ebenso sind die notwendigen medizinischen Untersuchungen, welche von den beiden Bestimmungsländern gefordert werden, bereits vorgenommen worden. Es ist hier indessen nicht bekannt, ob die Untersuchungen ein Ergebnis der geheimnisvollen Krankheit ergeben haben, die kürzlich in dem Flüchtlingslager in Sommerfeld etwa 57 Kinder der Mennoniten als Opfer forderte.

Die Flüchtlinge, die jetzt nach Canada und Brasilien abreisen wollen, kamen vor einigen Wochen nach Deutschland, nachdem die deutsche Regierung in Moskau Vorstellungen erhoben hatte, damit die Sowjets ihre Ausreise gestatten sollten. Sie hatten wochenlang vor Moskau auf die Ausreiseerlaubnis gewartet.

Soweit der Berliner Bericht, der auch von den canadischen Zeitungen gütig aufgenommen worden und teilweise sensationell ausgeschlachtet worden ist.

Senator Robert Forke, der bisherige canadische Einwanderungsminister, erklärte vor einigen Tagen in Winnipeg bei Besprechung der Frage der Zulassung der Ausländer-Flüchtlinge, er habe sich in gleicher



T. D. Forke, der Geschäftsführer der „Canada Colonization Association“ und zugleich der „Colonization Finance Corporation of Canada“, unter dessen Vorsitz eine Tagung der Kolonisationsagenten im Saskatoon Hotel zu Regina in diesen Tagen stattfindet.

## Schaumburg-Lippe schließt sich an Preußen an

Berlin. — Der Landtag von Schaumburg-Lippe nahm in erster Sitzung das Gesetz an, nach welchem dieser Freistaat mit Preußen vereinigt werden soll. Durch dieses Gesetz gibt das Volk von Schaumburg-Lippe nun seine Unabhängigkeit auf. Das Gesetz soll am 1. April 1931 in Kraft treten. Schaumburg-Lippe ist umgeben von den preussischen Provinzen Hannover und Westfalen. Die Fläche des Landes beträgt 131 Quadratmeilen und hat eine Bevölkerung von 48,000 Personen.

## Großer Rubelfälschungs-Prozeß in Berlin

falsche Rubelscheine in Massen hergestellt, um russische Währung zu untergraben  
Georgier und Deutsche gingen Hand in Hand

Berlin. — Vor dem Berliner Kriminalgericht begann im Berlin eines Beamten der russischen Konsulat die Verhandlung des großen Rubelfälscher-Prozesses mit einer Ausdehnung des Falles vorseiten der Staatsanwaltschaft. Die neun Angeklagten sind teils aus dem Sowjetstaat Georgien stammende russische, teils deutsche Nationalisten. Einer der deutschen Angeklagten ist Dr. Weber, ein Nationalist, der zur Gefängnisstrafe Adolf Hitlers gehört.

Es wurde dargelegt, daß es sich bei dem Prozeß um ein weitverbreitetes Geldfälschungsunternehmen handelt, dessen Zweck war, den Kredit der russischen Regierung zu untergraben und den Abfall Georgiens vom Bund der russischen Republik herbeizuführen.

Einige von den angeklagten Georgiern handelten eine Zeitlang mit dem holländischen englischen Petroleum-Magnaten Sir Henry DeLoraine, dem Herzog von Leuchtenberg, einem Verwandten der Zarfamilie, und dem zaristischen General Wrangel in Verbindung und versuchten auch eine Verbindung mit dem Friedensmacher von West-Prag, dem deutschen General Hoffmann, anzuknüpfen, der ihnen aber sehr bald abschlägigen Bescheid erteilte.

## Der Atlantische Ozean ist „toll geworden“

Paris, Frankreich. — Von West bis Orient brachen nach einem Erdbeben von drei bis sechzehn Sekunden Dauer Wellen gegen die Küste der Bretagne los und erschreckten die wasserbesessenen, an Sturm gewöhnten Bewohner maßlos, gerade darum, weil kein Sturm damit verbunden war, der die Riesenvellen erklärt hätte. Von den Restland-ländchen hoben zurückgeschlechte Fischer, die dort bereits vor einigen Monaten Erdbeben verspürt hatten, schworen darauf, daß der atlantische Ozean „toll geworden“ sei.

Mehrere Häuser stürzten bei dem Erdbeben ein, aber Verlust an Menschenleben gelangte nicht zur Anzeige. Der Schaden, den die großen Wellen anrichteten, war verhältnismäßig gering.

## Deutscher und österreichischer Widerstand auf Haager Konferenz

Wehren sich gegen weitere Belastungen und gegen Erschwerung der wirtschaftlichen Lage in beiden Ländern

Deutsche lehnen die Strafmaßnahmen des Versailler Diktates ab und fordern Klausel für Revision des Youngplanes

Unzufriedenheit und Enttäuschung herrschen in Deutschland, weil britische Arbeiterregierung mit den Franzosen zusammengeht.

Im Haag. — Die erste Sitzung der zweiten Haager Konferenz stand ganz im Zeichen der Trauer für den verstorbenen deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann, der bei der ersten Haager Konferenz im August vorigen Jahres eine der führenden Persönlichkeiten gewesen war. Bevor die Delegierten ihre Arbeit begannen, widmeten sie dem Andenken des Verstorbenen warme Reden und erwähnten besonders, daß er sich um die erfolgreiche Beendigung jener Konferenz verdient gemacht hat.

An der Konferenz nehmen Vertreter folgender Mächte teil: der sechs einladenden Mächte: Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan; der Vereinigten Staaten (repräsentiert durch Edwin C. Wilson als nichtoffiziellen Beobachter); der britischen Dominionen Australien, Canada und Neuseeland; der kleinen Reparationsgläubiger: Griechenland, Rumänien, Polen, Portugal, Kuba und der Völkerbund.

Die Konferenzverhandlungen, in denen der belgische Ministerpräsident Jaspers den Vorsitz führt, werden im großen Sitzungssaal des niederländischen Abgeordnetenhauses abgehalten. Im Verlaufe der Verhandlungen fand u. a. eine Unterredung deutscher und französischer Delegierter statt. An der Unterredung beteiligten waren auf französischer Seite der Premier Lardieu und der Außenminister Briand, auf deutscher Seite der Außenminister Dr. Curtius und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth.

Die „Sanktionen“  
Im Verlaufe der Verhandlungen fand u. a. eine Unterredung deutscher und französischer Delegierter statt. An der Unterredung beteiligten waren auf französischer Seite der Premier Lardieu und der Außenminister Briand, auf deutscher Seite der Außenminister Dr. Curtius und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth.

Die Delegation aller sechs Großmächte besprachen miteinander die Eventualität, daß Deutschland ein Voratorium für die Reparationszahlung gewährt werden müsse. Die Franzosen und die Briten verteilten sich auf eine Abmahnung, daß Deutschland alle von einem früheren Zahlungsaufschub stammenden rückständigen Reparationszahlungen zu leisten müsse, bevor ein weiterer Zahlungsaufschub erklärt werden könne.

## Österreich, Radio-Erfinder gestorben

Wien. — Aus Salzburg kommt die Meldung vom Tode von Otto Nusbaumer, einem Vorläufer auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie. Nusbaumer, der auch Landtagsabgeordneter war, wurde 54 Jahre alt. Obgleich in wissenschaftlichen Kreisen als Theoretiker hoch geschätzt, verlor Nusbaumer trotz der von ihm gemachten bahnbrechenden Erfindungen auf dem Gebiete der Radio-Telephonie verhältnismäßig unbekannt und in bescheidenen Verhältnissen.

Schon vor 25 Jahren erfindet er eine der ersten Formen des Radios. Bei Experimenten an der Grager Universität führte er einen Apparat vor, der über eine kurze Strecke auf elektrischen Wellen Musik und Worte übertrug. Seine Erfindung wurde damals für unpraktisch gehalten und fand keine finanzielle Unterstützung. Vor zwei Jahren wurden bei den Festlichkeiten der Universität Graz diese Experimente mit dem gleichen befriedigenden Resultat wieder durchgeführt.

Nusbaumer erfindet auch einen Radio-Detektor zwei Jahre ehe die jetzt im Gebrauch befindlichen erfinden wurden. Auch diese Erfindung wurde seinerzeit in ihrer Wichtigkeit nicht erkannt. Obgleich sich die Entwicklung der heutigen Radio-Empfängergeräte auf etwas anderer Bahn bewegt hat, wird Nusbaumer von seinen Landsleuten das Verdienst zugesprochen, auf dem Gebiete der Radio-Entwicklung seiner Zeit voraus gewesen zu sein.

und der kleinen Reparationsgläubiger: Bulgarien, Dänemark u. Ungarn.

Die Konferenzverhandlungen, in denen der belgische Ministerpräsident Jaspers den Vorsitz führt, werden im großen Sitzungssaal des niederländischen Abgeordnetenhauses abgehalten.

Im Verlaufe der Verhandlungen fand u. a. eine Unterredung deutscher und französischer Delegierter statt. An der Unterredung beteiligten waren auf französischer Seite der Premier Lardieu und der Außenminister Briand, auf deutscher Seite der Außenminister Dr. Curtius und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth.

Die Delegation aller sechs Großmächte besprachen miteinander die Eventualität, daß Deutschland ein Voratorium für die Reparationszahlung gewährt werden müsse.

Die Franzosen und die Briten verteilten sich auf eine Abmahnung, daß Deutschland alle von einem früheren Zahlungsaufschub stammenden rückständigen Reparationszahlungen zu leisten müsse, bevor ein weiterer Zahlungsaufschub erklärt werden könne.

## Österreich, Radio-Erfinder gestorben

Wien. — Aus Salzburg kommt die Meldung vom Tode von Otto Nusbaumer, einem Vorläufer auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie. Nusbaumer, der auch Landtagsabgeordneter war, wurde 54 Jahre alt. Obgleich in wissenschaftlichen Kreisen als Theoretiker hoch geschätzt, verlor Nusbaumer trotz der von ihm gemachten bahnbrechenden Erfindungen auf dem Gebiete der Radio-Telephonie verhältnismäßig unbekannt und in bescheidenen Verhältnissen.

Schon vor 25 Jahren erfindet er eine der ersten Formen des Radios. Bei Experimenten an der Grager Universität führte er einen Apparat vor, der über eine kurze Strecke auf elektrischen Wellen Musik und Worte übertrug. Seine Erfindung wurde damals für unpraktisch gehalten und fand keine finanzielle Unterstützung. Vor zwei Jahren wurden bei den Festlichkeiten der Universität Graz diese Experimente mit dem gleichen befriedigenden Resultat wieder durchgeführt.

Nusbaumer erfindet auch einen Radio-Detektor zwei Jahre ehe die jetzt im Gebrauch befindlichen erfinden wurden. Auch diese Erfindung wurde seinerzeit in ihrer Wichtigkeit nicht erkannt. Obgleich sich die Entwicklung der heutigen Radio-Empfängergeräte auf etwas anderer Bahn bewegt hat, wird Nusbaumer von seinen Landsleuten das Verdienst zugesprochen, auf dem Gebiete der Radio-Entwicklung seiner Zeit voraus gewesen zu sein.

wird, ist dagegen so fehlerhaft wie bisher. Die Unterhandlungen der Briten und Italiener, die auf eine Einigung mit einander abzielten, um ein Reparationsabkommen mit Ungarn zu erleichtern, haben zu keinem Ergebnis geführt.

Auch Bundeskanzler Schober widersteht sich sehr energig gegen jede weitere Belastung Österreichs, das an und für sich schon genügend mit seinen Wirtschafts- und Finanzproblemen zu ringen hat.

Von deutscher Seite wurde Reichsministerpräsident Dr. Brüning nach dem Haag berufen. Er ist zwar kein Mitglied der deutschen Konferenzabordnung, gilt aber als hervorragender Sachverständiger, zumal er beim Abbruch des Youngplans führend mitgewirkt hat.

## Starke Unzufriedenheit in Deutschland

Berlin. — Die Unzufriedenheit mit der Entlohnung der zweiten Wirtschaftskonferenz in Haag wächst in Deutschland von Tag zu Tag und im allgemeinen herrscht das Gefühl, daß die deutschen Gläubiger die Originaltheorie des Youngplans Reparationsplans befreite zu legen versuchen. Die alliierten Nationen bringen fortgesetzt neue Forderungen, welche über die Sanktionen, die Deutschland durch den Reparationsplan (Fortsetzung auf Seite 2.)

## Keine deutsche Munition für China

Berlin. — Eine Erklärung von Radikalen in China, die sich gegen die Politik der Regierung, nämlich Strategen und Munition nach Kanton zu senden, wendet, und die weiter anfragt, warum ähnliche Hilfe nicht anderen Parteien gewährt wird, führte zu einer scharfen Zurückweisung durch offizielle Berliner Stellen. Außer der Zurückweisung wurde die Beförderung mit Munition noch bemerkt. Die Kritik, die durch Wang Tsing-Wei, den „Dynamiker“ der Linken der Demokratischen Partei, erhoben wurde, brachte den Parteien zur Flamm. Das Außenministerium in Berlin machte darauf aufmerksam, daß die deutschen Offiziere, die nach China geschickt sind, von General Chiang Kai-shek, dem Leiter der Nationalistischen Bewegung, eingeladen worden seien und daß die Bewehrung, Deutschland habe Munition nach China geliefert, glatt erfunden sei.

## Courierkalender für 1930 erscheint

Zu unserem lebhaften Bedauern konnten wir den Courierkalender für 1930 nicht früher fertigstellen, weil wir durch andere Druckarbeiten in den letzten Wochen und Monaten außerordentlich stark in Anspruch genommen waren.

Nummern aber können wir unseren werten Freunden die erfreuliche Mitteilung machen,

daß der Courierkalender für 1930 in dieser Woche erscheint und daß in den nächsten Tagen mit dem Versand desselben begonnen werden kann. Jene, die den Kalender nicht sofort erhalten, bitten wir um etwas Geduld. Denn wir haben bereits Tausende von Vorbestellungen, deren Erledigung einige Zeit in Anspruch nimmt.

Wenn auch die Fertigstellung sich leider etwas verzögert hat, so werden doch alle für das geduldige Warten durch den vielseitigen und interessanten Lesestoff reichlich entschädigt werden.

Wahrlich, es lohnt sich, einen Courierkalender für 1930 zu bestellen (Preis 50 Cents pro Stück) oder ihn als Prämie für Vorausbezahlung des „Courier“-Abonnements zu gewinnen. Bestellungen sind zu richten an

„Der Courier“  
1835 Halifax Straße,  
Regina, Sask.

## Eingeborenen-Unruhen auf Samoa

Ehemalige deutsche Kolonie lehnt sich gegen britische Herrschaft auf

It seit 1919 ein Völkerbundsmandat Neuseelands

Apia, Samoa. — Neuseeländische Beamte schritten zu scharfen Maßnahmen, um einem Aufbruch der Eingeborenen Samoas ein Ende zu bereiten. Bei einem Zusammenstoß am 28. Dezember waren ein weißer Konstabler und acht Samoaner getötet, mehrere Polizisten und über 30 Eingeborene verwundet worden.

Chef Allen, der Administrator, hat die Verhaftung von 20 Eingeborenen angeordnet, beschuldigt der Anführung der Unruhen, anlässlich der Rückkehr von Alfred G. Smith, der im Januar 1928 wegen Widerstands gegen die Verwaltung des westlichen Samoas auf die Dauer von zwei Jahren deportiert worden war.

Getöteten bei dem Aufbruch am 28. Dezember, war einer der Führer des „Mau“, des Bundes samoanischer Eingeborener, der seit vier Jahren sich der Obrigkeit von Neuseeland widersetzt hat. Das Mandat über Samoa war in 1919 vom Völkerbund Neuseeland verliehen worden.

Der Widerstand der Eingeborenen betätigt sich hauptsächlich durch Verweigerung der Bezahlung von Steuern, durch Boykott von von Weizen betriebenen Geschäften und andere weniger gewalttätige Methoden. Wegen Ermordung der Eingeborenen zu solchem Widerstand war Alfred Smith, ein im Ruhestand lebender Geschäftsmann, zwei Jahre verbannt worden, und gleichzeitig erfolgte die Verbannung des samoanischen Legislativrats Oloa A. Nelson und des Zeitungsbekleidungsbesitzer Edwin B. Gurr auf die Dauer von fünf Jahren.